



Geschäftsführung Gesundheitsausschuss

Herr Kaune

Telefon: (0221) 221-24831

Fax: (0221) 221-26500

E-Mail: volker.kaune@stadt-koeln.de

Datum: 09.08.2017

Niederschrift

über die **Sitzung des Gesundheitsausschusses** in der Wahlperiode 2014/2020 am Dienstag, dem 09.05.2017, 17:05 Uhr bis 18:13 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theoburauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Ralf Unna	GRÜNE
Frau Ursula Gärtner	CDU
Herr Michael Paetzold	SPD
Herr Dietmar Ciesla-Baier	SPD
Herr Sven Kaske	SPD
Herr Dr. Jürgen Strahl	CDU
Herr Joachim Heinlein	GRÜNE
Frau Ursula Röhrig	DIE LINKE
Frau Bettina Houben	FDP

Beratende Mitglieder

Frau Uta Grimbach-Schmalfuß	Sozialverband Deutschland e.V. Bezirk Köln-Leverkusen-Rhein-Erftkreis
Herr Dr. Tobias Jacquemain	auf Vorschlag der SPD
Herr Hartmut Steffens	auf Vorschlag der CDU
Herr Ahmet Edis	GOL
Frau Dr. Christine Kuch	auf Vorschlag der Grünen
Frau Beate Hane-Knoll	auf Vorschlag von DIE LINKE

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Dr. Dr. Herbert Mück	Seniorenvertretung der Stadt Köln	vertritt Herrn Dr. Theisohn, Martin
---------------------------	-----------------------------------	-------------------------------------

Verwaltung

Frau Dr. Anne Bunte	Vertreterin der Gesundheitsverwaltung
Frau Dagmar Göring	

Herr Bernd Lang

Herr Prof. Dr. Dr. Alex Lechleuthner

Herr Beigeordneter Dr. Harald Rau

Herr Jörg Simon

Herr Frank Stobbe

Herr Prof. Dr. Gerhard Wiesmüller

Schriftführer

Herr Volker Kaune

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Beratende Mitglieder

Herr Günter Witzmann

AfD

Herr Thilo Fußén

Aidshilfe Köln e.V.

Frau Stella Shcherbatova

Synagogen-Gemeinde Köln

Herr Dr. med Martin Theisohn

Seniorenvertretung der Stadt Köln
durch Herrn Dr. Dr. Mück, Herbert

wird vertreten

Frau Elke Bussmann

SPD

Herr Ulrich Krüger

Bürgerzentrum Ehrenfeld

Herr Jens Paaßen

auf Vorschlag der CDU

Herr Robert Gaida

auf Vorschlag der FDP

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Dr. Unna begrüßt die Anwesenden. Es gibt keine Änderungswünsche zur Tagesordnung.

Die Tagesordnung wird daher einstimmig wie folgt festgelegt:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

A) Aktuelles aus Infektions- und Umwelthygiene

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

2.1 Handlungskonzept Behindertenpolitik - "Köln überwindet Barrieren - eine Stadt für alle" - (0990/2016) / Ergänzende Forderungen der stimmberechtigten Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik Köln (2763/2016)
hier: Beantwortung von mündlichen Anfragen aus dem Ausschuss Soziales und Senioren und dem Gesundheitsausschuss
0956/2017

2.2 Anfrage des Ausschussvorsitzenden, RM Herr Dr. Unna aus der Sitzung des Gesundheitsausschusses vom 14.03.2017
Nutzungsunabhängige Haldenstabilisierung des Kalkbergs, Bauabschnitt 2 (Lose 4a und 4b)
1287/2017

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Cannabis als Medizin: Bietet die Stadt Fortbildungen für Kölner Ärztinnen und Ärzte?
AN/0729/2017

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

5 Beschlussvorlagen

5.1 Änderung der personellen Zusammensetzung der Kommunalen Gesundheitskonferenz
0988/2017

5.2 Beschluss des Integrierten Handlungskonzeptes "Starke Veedel - Starkes Köln" für den Sozialraum "Meschenich und Rondorf"
0737/2017

5.2.1 Integriertes Handlungskonzept "Starke Veedel - Starkes Köln"
Ergebnisse der Öffentlichkeitsbeteiligung für den Sozialraum Meschenich und Rondorf
1420/2017

5.3 Beschluss des Integrierten Handlungskonzeptes "Starke Veedel - Starkes Köln" für die Sozialräume "Buchheim und Buchforst" sowie "Mülheim-Nord und Keupstraße" als Fortschreibung des Strukturförderprogramms MÜLHEIM 2020
0740/2017

5.4 Beschluss des Integrierten Handlungskonzeptes "Starke Veedel - Starkes Köln" für den Sozialraum "Blumenberg, Chorweiler und Seeberg-Nord"
0743/2017

5.5 Bedarfsfeststellungsbeschluss zur Beschaffung von Zahnputzsets für die Zahnprophylaxe von Kindern und Jugendlichen an Kölner Schulen und Kindertagesstätten
1347/2017

6 Mitteilungen

6.1 Weitere Informationen über die Teilnahme der Stadt Köln am Landesprogramm „Kein Kind zurücklassen! Für ganz Nordrhein-Westfalen“
0717/2017

6.2 Vereinfachung des Verfahrens zur Ersatzbeschaffung von Rettungsdienstfahrzeugen durch die Festlegung von Nutzungsdauern
3453/2016

6.3 Vergabe rettungsdienstlicher Leistungen - Stand der Umsetzung des Beschlusses des Hauptausschusses vom 19.01.2017, Vorlage 2768/2016
0754/2017

6.3.1 Aktualisierter Sachstand zur Vergabe rettungsdienstlicher Leistungen – Stand der Umsetzung des Beschlusses des Hauptausschusses vom 19.01.2017 (0754/2017)
1365/2017

6.4 Dokumentation der Winterhilfeaktivitäten 2016/2017 für wohnungslose Bürgerinnen und Bürger durch das Amt für Soziales und Senioren
1085/2017

6.5 Köln nimmt an der Aktion "Stadtradeln vom 17. Juni bis 07. Juli 2017 teil
1237/2017

6.6 14. Bericht zur Unterbringung und Integration von Flüchtlingen
1223/2017

7 Mündliche Anfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

8 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

9 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

10 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

11 Beschlussvorlagen

12 Mitteilungen

13 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

A) Aktuelles aus Infektions- und Umwelthygiene

Der Leiter der Abteilung Infektions- und Umwelthygiene des Gesundheitsamtes, Herr Prof. Dr. Wiesmüller berichtet anhand einer der Niederschrift zum persönlichen Gebrauch beigefügten Präsentation über Aktuelles aus Infektions- und Umwelthygiene.

Auf die Frage von RM Herrn Paetzold, ob die dargestellte lebenslange Gültigkeit der Hepatitis B-Impfung bei einem Titer von Anti-HBs ≥ 100 IE/l auch für berufliche Zwecke gelte, informiert Herr Prof. Dr. Wiesmüller, dass beruflich expositionsrisikoadaptiert vorgegangen würde.

SE Dr. Dr. Mück fragt, ob die genannte Anzahl der Grippetoten etwas mit dem Impfstatus zu tun habe und was man präventiv tun könne.

Herr Prof. Dr. Wiesmüller erläutert, dass es hierfür keine ausreichende Datenlage gebe, aber es bekannt sei, dass der dominierende Virustyp der letzten Grippesaison bei älteren Menschen häufiger zu Komplikationen führe. Als Präventionsmaßnahme empfehle er die Impfung und die Beachtung der allgemeinen Hygieneregeln.

SB Frau Röhrig fragt nach weiteren Untersuchungen zum Thema Feinstaub.

Herr Prof. Dr. Wiesmüller hält weitere Untersuchungen nicht für zielführend, da die Belastung bekannt sei. Eine deutliche Reduzierung von Feinstaub sei nur mit einer deutlichen Reduzierung oder gar Einstellung des Betriebes aller Feinstaubquellen (Verkehr, Hausbrand usw.) machbar. Maßnahmen zur Reduzierung von Feinstaub wie auch von anderen Luftschadstoffen werden in einem Luftreinhalteplan festgelegt, an dem aktuell gearbeitet werde.

RM Herr Dr. Strahl fragt nach dem Grund der Häufung von Masernfällen im Frühjahr. Herr Prof. Dr. Wiesmüller äußert, dass ihm hierfür keine Gründe bekannt seien.

1 Gleichstellungsrelevante Themen

keine

2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

2.1 Handlungskonzept Behindertenpolitik - "Köln überwindet Barrieren - eine Stadt für alle" - (0990/2016) / Ergänzende Forderungen der stimmberechtigten Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik Köln (2763/2016)

hier: Beantwortung von mündlichen Anfragen aus dem Ausschuss Soziales und Senioren und dem Gesundheitsausschuss 0956/2017

RM Herr Paetzold bedankt sich für die Beantwortung.

Der Gesundheitsausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

2.2 Anfrage des Ausschussvorsitzenden, RM Herr Dr. Unna aus der Sitzung des Gesundheitsausschusses vom 14.03.2017

Nutzungsunabhängige Haldenstabilisierung des Kalkbergs, Bauabschnitt 2 (Lose 4a und 4b)
1287/2017

Der Ausschussvorsitzende, RM Herr Dr. Unna, fragt, ob es seit Erstellung der Vorlage einen neueren Sachstand gebe und bittet darum, die Beantwortung auch dem Ausschuss Umwelt und Grün sowie dem Bauausschuss zur Verfügung zu stellen. *(für die Sitzung am 03.07.2017 eingestellt)*

Weiterhin fragt er, ob für eine Verlegung der Straße als Neubau ein neuer Beschluss erforderlich sei. Er würde sich aufgrund der dann wohl entstehenden erheblichen Mehrkosten eine Beteiligung der zuständigen Gremien wünschen.

Der Leiter des Amtes für Brücken, Tunnel und Stadtbahnbau, Herr Neweling, nimmt die Aussage, dass ein Neubau eines neuen Beschlusses bedürfe, mit, weist aber darauf hin, dass es nach den aktuellen Planungen so aussehe, als dass die Straße erhalten bleiben könne. Er gehe weiterhin davon aus, dass bis Ende des Monats weitere Untersuchungsergebnisse zur Verfügung stünden, so dass es mit den Baulosen 4a und 4b weitergehen könne. Es sei geplant, noch vor der Sommerpause alle 3 betroffenen Ausschüsse darüber zu informieren.

Der Ausschuss Umwelt und Grün sei bereits zu diesem Sachstand informiert worden, für den Bauausschuss werde dies nachgeholt.

Weiterhin teilt er mit, dass es seit der Erstellung der Vorlage vor etwa 14 Tagen keinen neuen Sachstand gebe.

Der Gesundheitsausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Cannabis als Medizin: Bietet die Stadt Fortbildungen für Kölner Ärztinnen und Ärzte? AN/0729/2017

SE Herr Edis fragt, ob der Verwaltung bekannt sei, wie viele Ärztinnen und Ärzte bereits cannabinoide Therapien durchführten und ob die Verwaltung hier eine Versorgungslücke durch einen höheren Bedarf sehe.

Die Leiterin des Gesundheitsamtes, Frau Dr. Bunte, beantwortet die Fragen mündlich wie folgt:

Die Verwaltung habe keine Kenntnis, wie viele Patienten betroffen seien, da die Verwaltung in diesem strukturierten Verfahren nicht involviert sei. Auch die Bundesopiumstelle erhebe keine solchen Daten.

Es gebe keine Anfragen von Patienten an das Gesundheitsamt. Es habe lediglich eine Anfrage eines Journalisten für eine Selbsthilfegruppe gegeben, der angefragt habe, warum es in Köln keine ähnliche Veranstaltung wie in Frankfurt gebe. Diese Thematik betreffe in erster Linie die Ärztekammer und die Kassenärztliche Vereinigung. Auf deren Internetseiten gebe es umfangreiches Informationsmaterial. Auch die Apothekerkammer berate in komplexen und schwierigen Fällen, da zwar jeder Arzt grundsätzlich verschreiben könne, aber gerade bei Cannabis-Verordnungen entsprechende pharmakologische Kenntnisse haben sollte.

Insgesamt ergebe sich nach ihren Recherchen in Deutschland kein einheitliches Bild zum Umgang mit dieser Thematik. Sie macht bezüglich der Veranstaltung in Frankfurt noch auf die Kosten (20.000 €) und auf die dort geplante Studie (150.000 €) aufmerksam.

Die Ärztekammer Nordrhein und die Kassenärztliche Vereinigung planten in diesem

Jahr noch eine Veranstaltung. Die Stadt Köln werde diese Veranstaltung unterstützen, sei aber nicht in der Pflicht, eine eigene Veranstaltung durchzuführen. Sie sehe hier aber gute Chancen auf eine Zusammenarbeit, zumal sie selbst Vorsitzende des zuständigen Ausschusses der Ärztekammer Nordrhein sei.

Zu den Zusatzfragen von SE Herrn Edis führt sie aus, dass die Zahl der Ärztinnen und Ärzte, die Cannabis verordnen nicht bekannt sei und dass jede Ärztin /jeder Arzt Cannabis als Medikation verschreiben dürfe. Andere entsprechende Fragestellungen seien noch nicht an die Verwaltung herangetragen worden, würden aber im Rahmen der Möglichkeiten behandelt.

Die schriftliche Anfrage der Piratengruppe werde somit zum Protokoll beantwortet.

Der Gesundheitsausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Keine

5 Beschlussvorlagen

5.1 Änderung der personellen Zusammensetzung der Kommunalen Gesundheitskonferenz 0988/2017

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt,

Herrn Eric Kerwel für die Pflegeversicherung
(bisher Herr Bernd Kebbekus)

zum **Mitglied** der Kommunalen Gesundheitskonferenz zu berufen

und

Herrn Bernd Kebbekus für die Pflegeversicherung
(bisher Herr Andreas Ratajczak),

Herrn Dr. Dr. Herbert Mück für die Seniorenvertretung
(bisher Frau Felicitas Vorpahl-Allweins),
Frau Karen Nespethal für das Netzwerk Gesundheitsbildung
(bisher Frau Dr. Eike Quilling) sowie
Herrn Dr. Metin Bagli für die Migrantinnen und Migranten

zu **stellvertretenden Mitgliedern** der Kommunalen Gesundheitskonferenz zu berufen.

Die Bestellung der genannten bisherigen Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder wird aufgehoben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5.2 Beschluss des Integrierten Handlungskonzeptes "Starke Veedel - Starkes Köln" für den Sozialraum "Meschenich und Rondorf" 0737/2017

Beschluss:

1. Der Rat beschließt das auf der Grundlage des Leitkonzeptes „Starke Veedel – Starkes Köln“ (Ratsbeschluss 20.12.2016, Vorlage-NR. 2899/2016) erstellte Integrierte Handlungskonzept (IHK) für den Sozialraum „Meschenich und Rondorf“ (siehe Anlage 1). Er beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahmen aus dem Programm „Starke Veedel – Starkes Köln“ und der Anpassung der Maßnahmenkonzeptionen, soweit im weiteren Abstimmungsprozess mit den Fördermittelgebern aufgrund laufender Änderungen der Förderbedingungen Anpassungen erforderlich werden.
2. Der Rat beschließt die Erbringung der Leistungen durch Dritte für die im IHK für den Sozialraum „Meschenich und Rondorf“ aufgeführten Einzelmaßnahmen, die in der Kosten- und Finanzierungsübersicht hinterlegt sind. Die Umsetzung der Maßnahmen steht unter Vorbehalt der Bewilligungen aus den avisierten Förderzugängen sowie einer erzielten Förderquote von mindestens 50 % der Gesamtkosten der jeweiligen Maßnahmen. Die erforderlichen Veranschlagungen des ergebniswirksamen Aufwandes und der investiven Zahlungsermächtigungen bis 2020 in Höhe von 4,8 Mio. € sind im Hpl. 2016/2017 inkl. der mittelfristigen Finanzplanung bis 2020 bereits berücksichtigt. Der entstehende Aufwand 2021ff in Höhe von 16,5 Mio. € für die Gesamtmaßnahmen des IHKs für den Sozialraum „Meschenich und Rondorf“, wurde nachrichtlich aufgeführt und ist in den zukünftigen Haushaltsplanaufstellungen zu berücksichtigen.
3. Der Rat beauftragt die Verwaltung,
 - A) mit der Umsetzung der Maßnahmen des IHKs für den Sozialraum „Meschenich und Rondorf“ auf Basis des Leitkonzeptes „Starke Veedel – Starkes Köln“.
 - B) die erforderlichen Entscheidungen zu konsumtiven Maßnahmen des IHKs, die im Sozialraum „Meschenich und Rondorf“ wirksam werden, der Bezirksvertretung Rodenkirchen vorzulegen und die zuständigen Fachausschüsse im Wege der Mitteilung zu informieren.
 - C) mit der Umsetzung der investiven Maßnahmen im Sozialraum „Meschenich und Rondorf“. Der Rat verzichtet auf die nochmalige Vorlage, falls die zuständigen Fachausschüsse und die Bezirksvertretung Rodenkirchen ohne Einschränkung zustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zur Beschlussfassung durch den Rat empfohlen.

5.2.1 Integriertes Handlungskonzept "Starke Veedel - Starkes Köln" Ergebnisse der Öffentlichkeitsbeteiligung für den Sozialraum Meschenich und Rondorf 1420/2017

Der Gesundheitsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**5.3 Beschluss des Integrierten Handlungskonzeptes "Starke Veedel - Starkes Köln" für die Sozialräume "Buchheim und Buchforst" sowie "Mülheim-Nord und Keupstraße" als Fortschreibung des Strukturförderprogramms MÜLHEIM 2020
0740/2017**

Beschluss:

1. Der Rat beschließt das auf der Grundlage des Leitkonzeptes „Starke Veedel – Starkes Köln“ (Ratsbeschluss 20.12.2016, Vorlage-NR. 2899/2016) erstellte Integrierte Handlungskonzept (IHK) für die Sozialräume „Buchheim und Buchforst“ sowie „Mülheim-Nord und Keupstraße“ als Fortschreibung des Strukturförderprogramms MÜLHEIM 2020 (siehe Anlage 1). Er beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahmen aus dem Programm „Starke Veedel – Starkes Köln“ und der Anpassung der Maßnahmenkonzeptionen, soweit im weiteren Abstimmungsprozess mit den Fördermittelgebern aufgrund laufender Änderungen der Förderbedingungen Anpassungen erforderlich werden.
2. Der Rat beschließt die Erbringung der Leistungen durch Dritte für die im IHK für die Sozialräume „Buchheim und Buchforst“ sowie „Mülheim-Nord und Keupstraße“ als Fortschreibung des Strukturförderprogramms MÜLHEIM 2020 aufgeführten Einzelmaßnahmen, die in der Kosten- und Finanzierungsübersicht hinterlegt sind. Die Umsetzung der Maßnahmen steht unter Vorbehalt der Bewilligungen aus den avisierten Förderzugängen sowie einer erzielten Förderquote von mindestens 50 % der Gesamtkosten der jeweiligen Maßnahmen. Die erforderlichen Veranschlagungen des ergebniswirksamen Aufwandes und der investiven Zahlungsermächtigungen bis 2020 in Höhe von 9,2 Mio. € sind im Hpl. 2016/2017 inkl. der mittelfristigen Finanzplanung bis 2020 bereits berücksichtigt. Der entstehende Aufwand 2021ff in Höhe von rund 0,6 Mio. € für die Gesamtmaßnahmen des IHKs für die Sozialräume „Buchheim und Buchforst“ sowie „Mülheim-Nord und Keupstraße“, wurde nachrichtlich aufgeführt und ist in den zukünftigen Haushaltsplanaufstellungen zu berücksichtigen.
3. Der Rat beauftragt die Verwaltung,
 - A) mit der Umsetzung der Maßnahmen des IHKs für die Sozialräume „Buchheim und Buchforst“ sowie „Mülheim-Nord und Keupstraße“ auf Basis des Leitkonzeptes „Starke Veedel – Starkes Köln“.
 - B) die erforderlichen Entscheidungen zu konsumtiven Maßnahmen des IHKs, die in den Sozialräumen „Buchheim und Buchforst“ sowie „Mülheim-Nord und Keupstraße“ wirksam werden, der Bezirksvertretung Mülheim vorzulegen und die zuständigen Fachausschüsse im Wege der Mitteilung zu informieren.
 - C) mit der Umsetzung der investiven Maßnahmen in den Sozialräumen „Buchheim und Buchforst“ sowie „Mülheim-Nord und Keupstraße“. Der Rat verzichtet auf die nochmalige Vorlage, falls die zuständigen Fachausschüsse und die Bezirksvertretung Mülheim ohne Einschränkung zustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zur Beschlussfassung durch den Rat empfohlen.

5.4 Beschluss des Integrierten Handlungskonzeptes "Starke Veedel - Starkes Köln" für den Sozialraum "Blumenberg, Chorweiler und Seeberg-Nord"
0743/2017

Beschluss:

1. Der Rat beschließt das auf der Grundlage des Leitkonzeptes „Starke Veedel – Starkes Köln“ (Ratsbeschluss 20.12.2016, Vorlage-NR. 2899/2016) erstellte Integrierte Handlungskonzept (IHK) für den Sozialraum „Blumenberg, Chorweiler und Seeberg-Nord“ (siehe Anlage 1). Er beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahmen aus dem Programm „Starke Veedel – Starkes Köln“ und der Anpassung der Maßnahmenkonzeptionen, soweit im weiteren Abstimmungsprozess mit den Fördermittelgebern aufgrund laufender Änderungen der Förderbedingungen Anpassungen erforderlich werden.
2. Der Rat beschließt die Erbringung der Leistungen durch Dritte für die im IHK für den Sozialraum „Blumenberg, Chorweiler und Seeberg-Nord“ aufgeführten Einzelmaßnahmen, die in der Kosten- und Finanzierungsübersicht hinterlegt sind. Die Umsetzung der Maßnahmen steht unter Vorbehalt der Bewilligungen aus den avisierten Förderzugängen sowie einer erzielten Förderquote von mindestens 50 % der Gesamtkosten der jeweiligen Maßnahmen. Die erforderlichen Veranschlagungen des ergebniswirksamen Aufwandes und der investiven Zahlungsermächtigungen bis 2020 in Höhe von 4,9 Mio. € sind im Hpl. 2016/2017 inkl. der mittelfristigen Finanzplanung bis 2020 bereits berücksichtigt.
3. Der Rat beauftragt die Verwaltung,
 - A) mit der Umsetzung der Maßnahmen des IHKs für den Sozialraum „Blumenberg, Chorweiler und Seeberg-Nord“ auf Basis des Leitkonzeptes „Starke Veedel – Starkes Köln“.
 - B) die erforderlichen Entscheidungen zu konsumtiven Maßnahmen des IHKs, die im Sozialraum „Blumenberg, Chorweiler und Seeberg-Nord“ wirksam werden, der Bezirksvertretung Chorweiler vorzulegen und die zuständigen Fachausschüsse im Wege der Mitteilung zu informieren.
 - C) mit der Umsetzung der investiven Maßnahmen im Sozialraum „Blumenberg, Chorweiler und Seeberg-Nord“. Der Rat verzichtet auf die nochmalige Vorlage, falls die zuständigen Fachausschüsse und die Bezirksvertretung Chorweiler ohne Einschränkung zustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zur Beschlussfassung durch den Rat empfohlen.

5.5 Bedarfsfeststellungsbeschluss zur Beschaffung von Zahnputzsets für die Zahnprophylaxe von Kindern und Jugendlichen an Kölner Schulen und Kindertagesstätten
1347/2017

Beschluss:

Gemäß § 5 (1) der Zuständigkeitsordnung der Stadt Köln beschließt der Gesundheits-

ausschuss die Beschaffung von Zahnputzsets für die Zahnprophylaxe von Kindern und Jugendlichen an Kölner Schulen und Kindertagesstätten mit einem Auftragsvolumen von 195.000,00 € brutto (163.865,55 € netto) für 3 Jahre (pro Jahr 65.000 € brutto).

Die hierfür benötigten Mittel wurden bei der Planung des Haushalts 2017 berücksichtigt. Es erfolgt eine vollständige Erstattung durch den Kölner Arbeitskreis Zahngesundheit.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

6 Mitteilungen

6.1 Weitere Informationen über die Teilnahme der Stadt Köln am Landesprogramm „Kein Kind zurücklassen! Für ganz Nordrhein-Westfalen“ 0717/2017

SB Frau Houben fragt, ob die auf Seite 7 erwähnten Daten aus den Schuleingangsuntersuchungen anonym seien.

Die Leiterin des Gesundheitsamtes, Frau Dr. Bunte, informiert, dass solche sensiblen Daten nur anonym verwendet werden.

In diesem Zusammenhang teilt sie mit, dass aktuell der neue Kinder- und Jugendgesundheitsbericht erstellt werde, der dann auch dem Gesundheitsausschuss zur Kenntnis gegeben werde.

RM Herr Dr. Strahl betont, dass auch er es, wie im Bericht erwähnt, für wichtig halte, die große Präventionslandschaft übersichtlich zusammenzufassen.

Der Gesundheitsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

6.2 Vereinfachung des Verfahrens zur Ersatzbeschaffung von Rettungsdienstfahrzeugen durch die Festlegung von Nutzungsdauern 3453/2016

SB Frau Houben fragt, was passiere, wenn Einsatzfahrzeuge vor dem Ablauf der geplanten Nutzungsdauer nicht mehr einsatzfähig seien.

Der stellvertretende Leiter des Amtes für Feuerschutz, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz, Herr Stobbe, erläutert, dass diese Fälle mit eingeplant seien und dann ein Gutachten erstellt werde, ob das Fahrzeug wirtschaftlich reparabel sei oder neu beschafft werden müsse.

SB Frau Houben fragt, ob es für diese Fälle einen Ersatzpool gäbe.

Herr Stobbe informiert, dass in solchen Fällen die technische Ausfallreserve greife.

RM Herr Dr. Strahl möchte wissen, ob die Fahrzeuge, die die geplante Nutzungsdauer überschritten, aber noch einsatzfähig seien, in diese Ausfallreserve übernommen würden.

Dies wird von Herrn Stobbe bestätigt.

Der Gesundheitsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

6.3 Vergabe rettungsdienstlicher Leistungen - Stand der Umsetzung des Beschlusses des Hauptausschusses vom 19.01.2017, Vorlage 2768/2016 0754/2017

Dieser Tagesordnungspunkt wird zusammen mit TOP 6.3.1. behandelt.

Der Ausschussvorsitzende, RM Herr Dr. Unna, fragt, wie der Fall in Marl von der Verwaltung eingeschätzt werde.

Die Verwaltung wird schriftlich antworten.

RM Herr Kaske fragt, wie sichergestellt werde, dass bei der Wirtschaftlichkeit das Sozialkriterium der Tarifverträge berücksichtigt werde.

Der Abteilungsleiter Rettungsdienst der Berufsfeuerwehr, Herr Prof. Dr. Dr. Lechleuthner, teilt mit, dass die tarifvertragliche Bezahlung im Vertrag gefordert und vereinbart werde, als Wertungskriterium somit wegfielen.

Der Gesundheitsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

6.3.1 Aktualisierter Sachstand zur Vergabe rettungsdienstlicher Leistungen – Stand der Umsetzung des Beschlusses des Hauptausschusses vom 19.01.2017 (0754/2017) 1365/2017

Die Mitteilung wird inhaltlich unter TOP 6.3 behandelt.

Der Gesundheitsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

6.4 Dokumentation der Winterhilfeaktivitäten 2016/2017 für wohnungslose Bürgerinnen und Bürger durch das Amt für Soziales und Senioren 1085/2017

RM Herr Kaske fragt, ob die Ersatzsuche für die im vergangenen Winter genutzten Räumlichkeiten in der Thieboldsgasse liefe.

Herr Beigeordneter Dr. Rau teilt mit, dass die Räumlichkeiten im nächsten Winter nicht mehr für den Zweck der Winterhilfe genutzt würden und nach Ersatz gesucht werde.

SE Herr Dr. Dr. Mück bedankt sich für die zur Verfügung gestellten Daten und stellt folgende weitergehende Fragen:

1. Im Zeitraum 05.12.2016 bis 15.03.2017 nahmen 568 verschiedene Personen das Winterhilfeübernachtungsangebot an. Waren die Zahlen in den Vorjahren ähnlich hoch? Oder sind diese vergleichbar hoch geschneit wie die Zahl der Meldungen, die sich rund verdreifacht haben (von 91 Meldungen in 2014/2015 auf 303 Anrufe in 2016/2017)? Gibt es vielleicht einen Zusammenhang zwischen der Zahl der Meldungen (Anrufe) und den erfolgten Übernachtungen?
2. Ist bekannt, wie viel Prozent der Meldungen (303) letztlich zum Erfolg (also einer Übernachtung) führten? War also die „Trefferquote“ hoch oder gab es viele „Fehlmeldungen“?
3. Wie war die Alters- und Geschlechtsverteilung der Übernachtenden? Gab es darunter viele ältere Personen? Veränderte sich die Geschlechtsverteilung mit dem Alter?
4. Erhielten die Übernachtenden Angebote der Nachbetreuung? Wenn ja: Welche?

5. Was weiß man über die Zahl der „Wiederholungsübernächter“? Übernachtete die Mehrheit nur einmal im Beobachtungszeitraum? Gab es viele Personen, die immer wieder übernachteten? Gibt es hierfür differenziertere Angaben?

Die Verwaltung sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

SB Frau Houben dankt der Verwaltung für die geleistete Arbeit.

6.5 Köln nimmt an der Aktion "Stadtradeln vom 17. Juni bis 07. Juli 2017 teil 1237/2017"

Der Gesundheitsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

6.6 14. Bericht zur Unterbringung und Integration von Flüchtlingen 1223/2017

SE Herr Edis lobt die Verwaltung dafür, dass die Turnhallen schneller geräumt würden als geplant.

Der Gesundheitsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

7 Mündliche Anfragen

SB Herr Heinlein fragt, wo denn die jährlich über 1.000 Frauen, die bislang ihre Kinder im St. Vinzenz-Hospital bekommen hätten, nach Schließung der dortigen Geburtshilfestation, hingehen sollten, zumal ihm auch von Engpässen in anderen Kliniken berichtet worden sei und was aus den dort tätigen angestellten und freiberuflichen Hebammen werden solle.

Die Leiterin des Gesundheitsamtes, Frau Dr. Bunte, führt aus, dass es sich hier um eine Trägerentscheidung handele. Die Bezirksregierung Köln bzw. das Gesundheitsministerium NRW sei für die Krankenhausplanung zuständig. Es sei aus ihrer Sicht fraglich, ob sich die Frauen durch Maßnahmen einzelner Träger örtlich steuern ließen. Rein theoretisch seien genug Entbindungsmöglichkeiten in Krankenhäusern vorhanden, allerdings nicht unbedingt dort, wo sie von den Frauen nachgefragt würden. Die Bezirksregierung sei gebeten worden, mit allen Beteiligten, insbesondere der Klinik, deren Geburtshilfestation geschlossen werden soll, das Gespräch zu suchen.

Frau Dr. Bunte informiert, dass die Verwaltung die Hebammen im Rahmen ihrer Möglichkeiten unterstütze. So werde dem Hebammennetzwerk ein Raum im Gesundheitsamt zur Verfügung gestellt und sie würden bei der Durchführung ihrer regelmäßigen Fortbildungen unterstützt.

Eine Unterstützung bei Vertrags- und Versicherungsangelegenheiten sei nicht möglich. Hier könne die Verwaltung nur moderierend tätig sein.

Auf die Nachfrage von SB Herrn Heinlein, ob diese Thematik auf der nächsten Sitzung der Kommunalen Gesundheitskonferenz behandelt werden können, teilt Frau Dr. Bunte mit, dass dies unter Verschiedenes sicherlich angesprochen werden könne.

SE Herr Edis fragt nach dem Stand der Abdeckung mit der Gesundheitskarte und von den Erfahrungen der Verwaltung und der Nutzerinnen und Nutzer.

Herr Beigeordneter Dr. Rau kündigt eine schriftliche Beantwortung an.

RM Herr Paetzold teilt aus seiner hausärztlichen Sicht mit, dass die Nutzung der Gesundheitskarte sowohl bei den Ärztinnen und Ärzten als auch bei den Nutzerinnen und Nutzern sehr gut und unkompliziert liefere.

Frau Dr. Bunte weist auf das in mehreren Fällen deutlich gewordene Problem der „Versicherungslücke“ beim Wechsel vom Sozialamt zum Jobcenter und damit der notwendigen und eigenständig zu klärenden Krankenversicherung hin.

Dr. Unna
Ausschussvorsitzender

Kaune
Schriftführer